

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Mit der Braunkohle
den Strukturwandel
der Lausitz gestalten



Seite 11:
Wenn aus Schülern
Abgeordnete des
Landtags werden



Seite 17:
Ingenieurkammer
präsentierte aktuelle
Projekte aus Sachsen

Ausgabe
4.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

den ersten Beitrag der Landtagssitzungen im Mai bildete, vor dem Hintergrund der Proteste von Braunkohlegegnern, die Debatte zum Strukturwandel in der Lausitz mit der Braunkohle als Brückentechnologie. Die Region, so der Titel der Debatte, brauche Zukunft und keine Gewalttäter.

Friedliche Proteste von Lehrerinnen und Lehrern haben eine Aktuelle Debatte zur Schulpolitik begleitet. Im Mittelpunkt standen die landespolitischen Maßnahmen, mit denen der mit den demografischen Entwicklungen einhergegangene Lehrkräftemangel gestoppt und Unterrichtsausfall im Schuljahr 2016/2017 vermieden wird.

Die Kindertagesbetreuung bildet die wichtigste gesetzgeberische Schnittstelle zwischen Familien- und Bildungspolitik. Sie ergänzt das Recht der Eltern und ihre Pflicht auf Erziehung und Bildung ihrer Kinder und stellt somit ein freiwilliges Angebot dar. In Zukunft soll auch die Beratung einen höheren Stellenwert einnehmen.

Die Abgeordneten diskutierten unter dem Titel »Eltern stärken, Kinder fördern – Kitas auf dem Weg zu Eltern-Kind-Zentren« über ein neues Modellprojekt, das im Mai auf den Weg gebracht wurde. Demnach sollen sich ausgewählte Kindertagesstätten künftig zu Beratungszentren für Familien entwickeln. Dabei geht es etwa um Hilfe bei Problemen mit Ämtern oder Fachvorträge. Ein Ziel besteht auch darin, die Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien und deren Eltern zu verbessern.

Wie diese Beispiele zeigen, bildet der Sächsische Landtag das Zentrum unserer parlamentarischen Demokratie in allen Bereichen, die auf landespolitischer Ebene entschieden und gestaltet werden. In den Plenarsitzungen wird Landespolitik lebendig und öffentlich sichtbar gemacht. Doch das Plenum des Landtags ist zugleich auch ein Lernort für junge Menschen aus ganz Sachsen geworden.

Raus aus der Theorie, rein in die Praxis, hinein ins Parlament. Das Rollenspiel im Sächsischen Landtag bietet Schülern Gelegenheit, sich einmal selbst als Abgeordnete auszuprobieren: Argumente sammeln, um Kompromisse ringen und schließlich ein Gesetz verabschieden. Der Landtagskurier hat eine Schulklasse beim parlamentarischen Selbstversuch begleitet.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

34. Sitzung des Sächsischen Landtags Die Lausitz braucht Zukunft CDU und SPD: Mit Braunkohle als Brückentechnologie den Strukturwandel gestalten	4
---	---

34. Sitzung des Sächsischen Landtags Schulen in Gefahr? DIE LINKE beklagt Lehrermangel und Unterrichtsausfall in Sachsen	6
---	---

35. Sitzung des Sächsischen Landtags Eltern stärken, Kinder fördern CDU und SPD sehen Kindertageseinrichtungen auf dem Weg zu Eltern-Kind-Zentren	7
--	---

Hintergrundinformationen zur Kindertagesbetreuung	9
--	---

35. Sitzung des Sächsischen Landtags Erst die Armenier und jetzt die Kurden? AfD gegen Visafreiheit für die Türkei	10
--	----

JUGEND

Gebt der Jugend das Kommando! Wenn aus Schülern Abgeordnete werden – Rollenspiel im Landtag	12
---	----

AKTUELLES

Besuch des slowenischen Parlamentspräsidenten in Dresden	14
---	----

Migration – Asyl – Integration Herausforderungen und Chancen	15
---	----

Marokkanischer Ratskammerpräsident zu Gast beim Landtag	16
--	----

Gemeinsame Tagung der Sorbenräte von Sachsen und Brandenburg	16
---	----

AUSSTELLUNG

Sachsen – Land der Ingenieure	18
-------------------------------------	----

SONDERTHEMA

»Bürger und Demokratie« – Partizipation	20
---	----

GESCHICHTE

Das Rationen-Parlament	22
------------------------------	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

// Titelmotiv: Rollenspiel im Sächsischen Landtag // Foto: S. Floss

Strukturwandel Schulen Kindertageseinrichtungen



Foto: S. Giersch

// Die 34. Sitzung des Landtags am 26. Mai widmete auf Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte dem Strukturwandel in der Oberlausitz; Anlass waren vorausgegangene gewaltsame Proteste von Braunkohlegegnern am Tagebau Welzow-Süd. Eine zweite Aktuelle Debatte befasste sich auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Problem des Lehrermangels an sächsischen Schulen. Im Mittelpunkt der 35. Sitzung am 27. Mai standen Fragen der Kindertagesbetreuung in Sachsen und – auf Antrag der AfD-Fraktion – mögliche Konsequenzen der geplanten Visafreiheit für die Türkei. //



Die Lausitz braucht Zukunft

CDU und SPD: Mit Braunkohle als Brückentechnologie den Strukturwandel gestalten

Uwe Nösner

// Den ersten Beitrag zur 1. Aktuellen Debatte der 34. Sitzung des Landtags am 26. Mai 2016 bildete, vor dem Hintergrund der Proteste von Braunkohlegegnern, die Debatte zum Strukturwandel in der Lausitz mit der Braunkohle als Brückentechnologie. Kritiker hatten zu Pfingsten unter anderem den Tagebau Welzow-Süd besetzt und den Nachschub für ein Kraftwerk blockiert. Zudem drangen Aktivisten in das Kraftwerksgelände ein. Mehr als 130 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen. Die Region, so die Antragsteller CDU und SPD, brauche Zukunft und keine Gewalttäter. //

Werksbesetzung und die Ausschreitungen als Terrorismus, für dessen Unterstützung sich LINKE und GRÜNE bis dato nicht entschuldigt hätten.

Lars Rohwer, CDU, betonte, dass Sachsen die Braunkohle brauche, bis es ausreichend Speicherkapazität für erneuerbare Energien gebe. Die Besetzer von Vattenfall seien keine Klimaaktivisten, sondern Klimarandalierer gewesen. Sein Fraktionskollege

Frank Hirche zeigte sich als ehemaliger Bergmann von den Ausschreitungen entsetzt. Solch ein Handeln müsse bestraft werden. Seine Heimat, die Lausitz, werde verunglimpft und Hass geschürt. Frank Heidan, wirtschaftspolitischer Sprecher

der Fraktion, gab zu bedenken, dass in der Lausitz 7.000 Arbeitsplätze direkt und 15.000 indirekt von der Braunkohle abhängen, um die man sich kümmern müsse. Zuletzt bezeichnete deren arbeitsmarktpolitischer Sprecher Alexander Krauß die

Planung statt Gewalt

Die Lausitz, so auch Thomas Baum, SPD, brauche eine Perspektive, aber keine Gewalt. Es

// Lars Rohwer

// Thomas Baum

// Kathrin Kagelmann

// Jörg Urban

// Dr. Gerd Lippold



bedürfe Planungssicherheit und Zeit, um den Strukturwandel 2.0 in der Lausitz voranzutreiben. Die Braunkohleverstromung müsse daher bis 2040 eine Brückentechnologie der Energiewende und für die wirtschaftlich gesicherte Zukunft bleiben. Klar sei für ihn und seine Fraktion auch, dass bestimmte Aktionen, wie sie am Pfingstwochenende zu beobachten gewesen seien, ganz bestimmt nicht dazu beitragen könnten und zu verurteilen seien. Jedes Braunkohleausstiegsszenario bedinge zwingend ein strukturpolitisches Einstiegszenario in alternative Industrie- und Wirtschaftskreisläufe. Dazu müssten umfangreiche Finanzmittel, insbesondere vom Bund, bereitgestellt werden, Investitionen auch in die Verkehrsinfrastruktur erfolgen und Forschung und Entwicklung forciert werden.

Die Zukunft im Blick

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE, betonte, dass es bei den Demonstrationen und Protesten nicht nur um ein Lausitzer Problem gehe, sondern um eine nachhaltige Lebenskultur, die den Menschen auf dieser Welt gerecht werde und auch die kommenden Generationen im Blick habe. Ihr Fraktionskollege Marco Böhme fügte hinzu, dass es auch ihm nicht egal sei, was in 50 Jahren sein werde. Er mache sich vielmehr Sorgen um die Zukunft. Die Braunkohle müsse in der Erde bleiben. Sie nutze nur denjenigen, die sie verstromten. In Paris seien darüber hinaus weltweite Klimaziele formuliert worden, an die sich auch die sächsische CDU halten müsse. Deshalb unterstütze er Demonstrationen und Aktionen, die sich um die Zukunft der Lausitz kümmern und dem »Weiter so« einen zukunftsgerechten Strukturwandel vorzögen.

Grüner durch CO₂

Wie Jörg Urban, AfD, erklärte, wäre Sachsen ohne Braunkohle abhängig von Stromimporten, zumal es Speichertechnik für erneuerbare Energien nicht gebe. Zudem hätten Studien herausgefunden, dass die Erde grüner geworden sei. Das viel geschmähte CO₂ begünstige das Pflanzenwachstum weltweit. Auf 96 Prozent der Erdoberfläche sei ein verstärktes Pflanzenwachstum beobachtet worden. CDU und SPD hätten die deutsche Klimahysterie bundes- und sachsenweit erst losgetreten. Nun trügen sie den Popanz von der angeblichen CO₂-Katastrophe vor sich her, genauso wie die Grünen in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts den Popanz vom

Blick nach vorn zu richten sei. Mit den Menschen müsse geteilt und es müssten gemeinsame Konzepte für die Zukunft erarbeitet werden. Das werde seine Fraktion auch weiterhin tun. In diesen Tagen sei ein durchschaubarer Versuch zur Spaltung derer zu verzeichnen, die sich für mehr Klima- und Umweltschutz engagierten. Das geschehe nach demselben

habe niemand in der Lausitz gewonnen, weil die Gräben größer statt kleiner geworden seien. Auch er finde es richtig, dass Menschen für den Braunkohleausstieg demonstrierten. Friedlicher Protest gehöre zum Wesen der Demokratie. Die Gewalt aber, die an jenem Wochenende ausgeübt worden sei, habe die Grenze überschritten und den friedlichen Protest von Tausen-



Friedlicher Protest gehört zum Wesen der Demokratie.

// Martin Dulig

34. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Waldsterben. Zu den Demonstrationen zu Pfingsten auf dem Vattenfall-Firmengelände fügte Urban hinzu, dass Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung keine Mittel politischer Willensbildung seien.

Gesellschaftliche Mehrheit

Nach Auffassung von Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, stehe eine Mehrheit für einen entschlosseneren Klimaschutz und einen raschen Abschied von der Kohle. Selbst in den Revieren sei vielen Entscheidungsträgern klar, dass die Ära zu Ende gehe und der

Schema, wie es mit der Anti-Atom-Bewegung versucht worden sei. Dort sei das krachend gescheitert. Er selbst denke nicht daran, sich von den Tausenden Menschen zu distanzieren, die um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der nächsten Generation ernsthaft besorgt seien.

Grenzüberschreitung

Am Pfingstwochenende, so Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,

den delegitimiert. Selbstjustiz sei kein Mittel der Demokratie. In der Lausitz gehe es darum, eine Balance zwischen bezahlbarer Energie, den damit verbundenen Arbeitsplätzen und den Interessen einer ganzen Region herzustellen. Das sei ein Prozess, der gestaltet und vernünftig organisiert werden müsse. Gewalt gehöre nicht dazu.



www.landtag.sachsen.de



PLENUM

34. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Cornelia Falken // Foto: S. Giersch

Schulen in Gefahr?

Uwe Nösner

Die sächsischen Schulen, so Cornelia Falken, DIE LINKE, seien in Gefahr, weil sie ihren Auftrag nicht mehr erfüllen könnten. Die Umsetzung der Lehrpläne sei nicht mehr gewährleistet. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags bekämen infolge der Gefährdung der Unterrichtsversorgung Hilferufe von Schulen und Eltern aus ganz Sachsen. Statt einer soliden Arbeit im Bildungsbereich gebe es – was die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern betreffe – jetzt wieder nur Schnellschüsse.

Zur Lehrerabdeckung für das künftige Schuljahr sagte Lothar Bienst, CDU, dass Sachsen vor einer Herausforderung stehe. Allerdings könne der Freistaat über 1.699 Bewerber für die 1.200 benötigten Stellen verfügen. Das sei eine große Chance dafür, dass vor jeder Klasse ein Lehrer stehen könne. Zwei Drittel der Stellen seien bereits mit Kandidaten besetzt, die Verträge unterschrieben. Schwierig werde es allerdings, für jede Schulart und Fächerkombination den richtigen Lehrer zu finden.

DIE LINKE beklagt Lehrermangel und Unterrichtsausfall in Sachsen

// Die 2. Aktuelle Debatte zur 34. Sitzung am 26. Mai 2016 wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung gesetzt. Sie stand, unterstützt von protestierenden Lehrern, unter dem Titel »Lehrerkräftemangel, Unterrichtsausfall – Schulen in Gefahr«. //

Zehn-Punkte-Plan

Ihre Fraktion, so Sabine Friedel, SPD, habe bereits 2011 einen Zehn-Punkte-Plan zur Abwendung des Lehrermangels in Sachsen vorgelegt. Heute sei sie nicht mehr Opposition, sondern Regierungsfraktion und habe es geschafft, einige ihrer wichtigsten Forderungen zu erfüllen. So habe sie den Stellenabbau aufgehoben und dafür gesorgt, dass nicht nur jede freiwerdende Stelle wieder besetzt werden könne, sondern darüber hinaus mehr als 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Auch ihre Fraktion, so Andrea Kersten, AfD, ver-schließe sich einer Debatte für

bessere Bildung selbstverständlich nicht und habe dazu bereits mehrere Anträge im Sächsischen Landtag eingebracht, die allerdings allesamt abgelehnt worden seien. Sächsische Schulstandorte seien möglicherweise deswegen bedroht, weil es zu wenige Lehrer in Sachsen gebe. Wegen der Altersabgänge und steigenden Schülerzahlen benötige Sachsen darum 1.500 neue Lehrer pro Jahr.

Blick zu den Nachbarn

Zu keiner Zeit, so Petra Zais, GRÜNE, sei das sächsische Bildungssystem in einer solchen Gefahr gewesen wie gerade

jetzt. Insbesondere die Qualität der Grund-, Förder- und Oberschulen sei gefährdet. Die bestehenden Probleme würden in absehbarer Zeit nicht zu beheben sein. Die Ursache der Misere sei eine von der CDU zu verantwortende Bildungspolitik, die immer neue Anforderungen formuliere, aber nicht gewillt sei, diese mit den erforderlichen Ressourcen zu untersetzen. Kultusministerin Brunhild Kurth wünschte sich ihrerseits mehr Lehrer aus Polen und Tschechien an sächsischen Schulen. Es gebe hervorragend ausgebildete Lehrer mit exzellenten Deutschkenntnissen, die sich freuen würden, in Sachsen arbeiten zu können. Lehrer aus den Nachbarländern seien nicht nur in Naturwissenschaft gut ausgebildet. Um dem Lehrermangel zu begegnen, habe der Freistaat seine Fühler längst nach Tschechien ausgestreckt. Inzwischen gebe es auch eine Verständigung mit Polen.



PLENUM

35. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Eltern stärken, Kinder fördern

Uwe Nösner

CDU und SPD sehen Kindertageseinrichtungen auf dem Weg zu Eltern-Kind-Zentren

// In der 35. Sitzung am 27. Mai 2016 diskutierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD über die Kindertagesbetreuung in Sachsen. Sie stand unter dem Titel »Eltern stärken, Kinder fördern – Kitas auf dem Weg zu Eltern-Kind-Zentren«. Danach sollen sich ausgewählte Kindertagesstätten künftig zu Beratungszentren für Familien entwickeln. Dabei geht es etwa um Hilfe bei Problemen mit Ämtern oder Fachvorträge. Ein Ziel besteht auch darin, die Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien und deren Eltern zu verbessern. Lesen Sie auch die allgemeinen Hintergrundinformationen zur Kindertagesbetreuung auf Seite 9. //

Holger Gasse, CDU, bezeichnete die Familie als Rückgrat der Gesellschaft. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hätten die Koalitionsfraktionen im Juli 2015 einen Antrag zur Förderung des Modellprojekts zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren beschlossen. Im November 2015 habe das Staatsministerium für Kultus dieses Projekt öffentlich bekannt gemacht und darum gebeten, dass sich interessierte Einrichtungen bewerben. Somit sei sichergestellt worden, dass das Projekt gewollt sei und sich das Personal damit identifiziere. Fast 60 Einrichtungen hätten

sich daran beteiligt; 31 Modellstandorte seien nach verschiedenen Kriterien ausgewählt worden. Jetzt gehe es los. Anfang Mai 2016 sei das Projekt gestartet und parallel ein Projektbeirat gegründet worden. Man wünsche sich viele positive Aspekte und Inspirationen aus diesem Projekt – auch für Einrichtungen, die gegenwärtig nicht daran beteiligt seien.

Kontinuität notwendig

Eltern-Kind-Zentren, so Juliane Pfeil, SPD, seien Kindertageseinrichtungen, die sich als

Willkommensort für Familien verstünden und Beratungen bzw. Unterstützungen in allen Lebenslagen anböten. Klar sei, dass das Modellprojekt nur ein Anfang sein könne. Insgesamt 55 Einrichtungen hätten sich um die Landesförderung beworben. Dies zeige deutlich, dass die SPD mit ihrem Vorhaben einen Nerv getroffen und den richtigen Weg eingeschlagen habe. Aufgrund der Tatsache, dass man nicht alle, sondern nur 31 Einrichtungen habe auswählen können, sei eines klar: Der Weg müsse weiter besritten und ausgebaut werden. Die Familienpolitikerin zeigte

sich davon überzeugt, dass Eltern-Kind-Zentren Kontinuität brauchen, um langfristig erfolgreich arbeiten zu können. Der Beratungsbedarf nehme eher zu als ab und Kindertageseinrichtungen würden ihre wichtige sozialräumliche Rolle in Zukunft noch besser ausfüllen müssen.

Wieder nur Billig-Modell

Ihre Fraktion, so Marion Junge, DIE LINKE, unterstütze das Anliegen, die präventive Arbeit mit den Eltern und die Förderung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen zu stärken. Die Einrichtungen brauchten für diese Entwicklung zu Eltern-Kind-Zentren zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen sowie eine stärkere Kooperation mit den örtlichen Trägern der Kinder-



// Holger Gasse



// Juliane Pfeil



// Marion Junge



// André Wendt



// Volkmar Zschocke

und Jugendhilfe. Kritisch sei der gewählte Weg der Koalition zu bewerten, dies wieder nur als Modellprojekt für zwei Jahre zu ermöglichen. Nur 31 von 2.894 Kindertageseinrichtungen dürften seit 1. Mai 2016 an dem neuen Modellprojekt teilnehmen, das seien 1,07 Prozent. Die Modelleinrichtungen bekämen monatlich knapp 1.000 Euro mehr. Effektiv gehe es also um zehn Euro mehr pro Kind und Monat, also ungefähr 50 Cent pro Kind täglich. Dafür müssten die Beteiligten die gesamte Modellprojekt-Bürokratie über sich ergehen lassen.

Aufgabe der Eltern

Ihn, so André Wendt, AfD, bewege diesbezüglich die Frage, warum sich nur 55 von rund 2.800 Kindertagesstätten beworben hätten. Darüber hinaus obliege die Erziehung der Kinder primär den Eltern, eine staatliche Bevormundung dürfe es hierbei nicht geben. Des Weiteren dürften entsprechende Angebote nicht dazu führen, dass Eltern dadurch von ihren elterlichen Pflichten entbunden würden. Zudem bezeichnete es der Sozialpolitiker als wichtig, Eltern-Kind-Zentren nicht pauschal, sondern dort zu installieren, wo sie vonnöten seien. Dennoch frage er sich, wie das für die ohnehin schon überlasteten Erzieher, die ja dann per se mit Zusatzaufgaben betraut würden, zu bewältigen sein werde. Es bleibe zu hoffen, dass die Kommunen nach Ablauf der Projektierung mit den Kosten nicht alleingelassen würden.

Mittel kommen nicht an

Die CDU, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, stelle immer wieder einmal Gutes in Aussicht und rede gern in Aktuellen Debatten darüber. Wenn aber – wie zum Beispiel im Jahr 2015 geschehen – von einer Million Euro für Familienbildung nicht einmal die Hälfte abgeflossen sei, bedeute dies, dass viele von ihr angekündigte Verbesserungen für Familien überhaupt nicht bei diesen ankämen. Darüber würde er gern einmal debattieren. Von den besten Eltern-Kind-Zentren hätten zudem solche Familien überhaupt nichts, die

längert. Eine solche Politik passe nicht zu dem schönen Spruch »Eltern stärken – Kinder fördern«.

Garant unserer Zukunft

Kinder, so Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus, seien der Schlüssel für Sachsens Zukunft. Im Freistaat würden die meisten Kinder aller Bundes-

sei am 1. Mai 2016 gestartet. Die Konzepte folgten keinem Schema, würden den örtlichen Gegebenheiten angepasst und individuell ausgestaltet. Im Jahr 2016 stünden 500.000 Euro dafür zur Verfügung. Der Plan sehe eine Fortsetzung für 2017 vor. In der Regierungskoalition werde über die Nachhaltigkeit dieses Projektes zu sprechen sein, damit es eine längerfristige



Auch in Zukunft sind Kinder für eine gute Entwicklung des Freistaates Sachsen der allerwichtigste Garant.

// Brunhild Kurth

35. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

nicht als Familien zusammenkommen könnten. Die Familienzusammenführung von geflüchteten Familien sei in Sachsen kaum mehr möglich. Das Innenministerium habe das am 31. März 2016 ausgelaufene Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge nicht ver-

länger Deutschlands geboren. Kinder brauchten eine gedeihliche Entwicklung und ein gelingendes Familienleben. Die Familie als Fundament der Gesellschaft stehe auch im Mittelpunkt des Projektes Eltern-Kind-Zentren. Das Programm

Perspektive erhalte. Denn auch in Zukunft seien Kinder für eine gute Entwicklung des Freistaates Sachsen der allerwichtigste Garant.



www.landtag.sachsen.de



35. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformationen zur Kindertagesbetreuung

Foto: S. Giersch

// Die folgenden Informationen nehmen Bezug auf die Debatte zur Rolle der Kindertageseinrichtungen in Sachsen (siehe Beitrag auf S. 7). Die Kindertagesbetreuung bildet die wichtigste gesetzgeberische Schnittstelle zwischen Familien- und Bildungspolitik. Sie ergänzt das Recht der Eltern und ihre Pflicht auf Erziehung und Bildung ihrer Kinder und stellt somit ein freiwilliges Angebot dar. //

Es besteht ein Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag, der durch das Sächsische Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen gesetzlich verankert ist. Der Sächsische Bildungsplan bildet die Grundlage der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege. Vor allem das letzte Kindergartenjahr soll der Schulvorbereitung dienen und in Kooperation mit der Grundschule geplant werden.

Anspruch

Eltern wird per Gesetz ein Wunsch- und Wahlrecht zugesichert. So können sie im Rahmen der verfügbaren Plätze entscheiden, in welcher Einrichtung oder bei welcher Kindertagespflegeperson ihr Kind betreut

werden soll. Für Kinder ab dem Kindergartenalter besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, Krippen- und Hortplätze müssen in einem bedarfsgerechten Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Elternbeteiligung

Um Bildungsprozesse von Kindern gestalten zu können, ist es notwendig, dass sich Eltern und Erzieherinnen/Erzieher gemeinsam dieser Aufgabe stellen und eine Erziehungspartnerschaft eingehen. Eltern haben die Möglichkeit, im Elternrat an Entscheidungen teilzuhaben und durch regelmäßige Gespräche mit den Erzieherinnen und Erziehern über die Entwicklung ihres Kindes in Austausch zu treten.

Qualifizierung, Personal

Durch die Sächsische Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte ist sichergestellt, dass Erzieherinnen und Erzieher gemäß den Anforderungen, die an sie gerichtet werden, ausgebildet sind und über eine ihrem Tätigkeitsbereich entsprechende Grundqualifikation verfügen. Des Weiteren sind die Träger von Einrichtungen dazu verpflichtet, den Erzieherinnen und Erziehern einen regelmäßigen Zugang zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu gewähren; dafür sollen mindestens fünf Tage im Jahr genutzt werden.

Träger und Vielfalt

In Sachsen herrscht im Bereich der Kindertagesbetreuung eine

große Trägervielfalt. So gibt es kommunale und freie Träger. Die Festlegung von konzeptionellen Ausrichtungen und pädagogischen Profilen fällt in den Aufgabenbereich der Träger. Die Elternbeiträge sind dagegen in jeder Einrichtung der Gemeinde auf kommunaler Ebene gleich, unabhängig von der Trägerschaft.

Statistische Daten

In Sachsen gab es 2015 2.894 Kindertageseinrichtungen, 34 mehr als ein Jahr zuvor. Gemäß Betriebserlaubnis waren 325.040 Plätze genehmigt, 10.233 mehr als 2014. Insgesamt 35.149 Personen waren in den Kindertageseinrichtungen tätig. Das waren 776 Personen mehr als vor einem Jahr. 288.284 Kinder wurden in den Einrichtungen betreut, 6.651 mehr als im Vorjahr.

www.kita.sachsen.de
www.statistik.sachsen.de





35. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

Erst die Armenier und jetzt die Kurden?

AfD gegen Visafreiheit für die Türkei

// In der 35. Sitzung am 27. Mai 2016 debattierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktion AfD über die geplante Visafreiheit für die Türkei. Nach der gewaltsamen Vertreibung der Armenier vor 100 Jahren wird jetzt befürchtet, dass kurdische Staatsbürger auf diesem Wege ihre türkische Heimat verlassen. //

// Dr. Frauke Petry // Fotos: R. Deutscher

Die AfD, so Dr. Frauke Petry, halte die Debatte über die Visafreiheit für die Türkei wegen der Konsequenzen für Deutschland im Allgemeinen und Sachsen im Speziellen aus aktuellem Anlass für dringend geboten. Merkels Große Koalition habe mit ihrer verfehlten Asylpolitik den Weg dafür bereitet, dass Erdoğan nun ein Druckmittel in der Hand halte, um nicht nur Milliarden-Zahlungen an die Türkei zu forcieren, sondern auch die Visafreiheit zu beschleunigen. Christian Hartmann, CDU, räumte ein, dass die Frage der Visafreiheit für Türken ernsthaft diskutiert werden müsse und natürlich auch die Bevölkerungsbewegung. Allerdings sei der Sächsische Landtag nicht der Ort, an dem außenpolitische Fragen der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren seien.

Eine Bereicherung

In Deutschland, so Sebastian Scheel, DIE LINKE, lebten drei Millionen Türkeistämmige. Sie seien nicht nur eine Bereicherung für unser Land, sondern geschäftlich und familiär mit der Türkei eng verbunden. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass diese Verbindung schneller und einfacher zueinander führe. Für seine Fraktion sei Visafreiheit für alle Menschen ein wünschenswertes Ziel. Hanka Kliese, SPD, brachte ein Beispiel, nachdem die Geschäftsleute durch eine Visapflicht belastet würden. Die Firma Spekon in Seiffhennersdorf sei ein türkisches Familienunternehmen, das bis zu 100 Arbeitsplätze schaffe. Für die Firmenleitung sei die Visafreiheit in ihrer täglichen Arbeit unerlässlich.

Landtag nicht zuständig

In der AfD, so Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, wisse man ganz genau, dass der Sächsische Landtag nicht für Fragen der Visapolitik zuständig sei. Gerade deren Vorsitzende be-

// Dr. Claudia Maicher



trete das Plenum aber nicht, um über Schulpolitik, Naturschutz, Kulturförderung oder Gesundheitsversorgung zu sprechen, was den Sachsen wirklich zugutekäme, sondern mit bundes- und außenpolitischen Debatten. Das sei billig. Abschließend betonte Innenminister Markus Ulbig, dass es keinen Grund zur Panikmache gebe. Er formuliere aber seinerseits die Erwartung in Richtung der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin und Europas, darauf zu achten, dass die Voraussetzungen für die Visafreiheit gegeben seien. Erst wenn die entsprechenden Bedingungen in Bezug auf Grund- und Menschenrechte erfüllt und damit zum Teil auch die Fluchtursachen bekämpft seien, könne es die Visafreiheit geben.



So funktioniert das Parlament

Foto: S. Floss

// Ein besonderes Erlebnis bietet der Besucherdienst des Sächsischen Landtags Schülern oberer Klassenstufen mit seinem Angebot, am Originalort der parlamentarischen Diskussionen selbst einmal auszuprobieren, wie eine Plenarsitzung abläuft und wie mit Argumenten das Für und Wider von Entscheidungsvarianten gegeneinander abgewogen wird, bevor ein Gesetz verabschiedet werden kann. Fazit einer Pirnaer Gymnasialklasse nach dem praxisnahen Rollenspiel: Kurzweilig und lehrreich! //

Gebt der Jugend das Kommando!

Wenn aus Schülern Abgeordnete werden – Rollenspiel im Landtag

Fotos: S. Floss

Pascal Scholtys

// Raus aus der Theorie, rein in die Praxis, hinein ins Parlament. Das Rollenspiel im Sächsischen Landtag bietet Schülern Gelegenheit, sich einmal selbst als Abgeordnete auszuprobieren: Argumente sammeln, um Kompromisse ringen und schließlich ein Gesetz verabschieden. Klingt eigentlich ganz leicht, oder etwa doch nicht? Wir haben eine Schulklasse beim parlamentarischen Selbstversuch begleitet. //

›Plenarsaal statt Klassenzimmer‹ heißt es für die 56 Neuntklässler des bilingualen Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Pirna an diesem Freitagmorgen. Bevor es in den Plenarsaal geht, steht ein wenig Hauskunde auf dem Programm. Das Volk solle wissen, was seine Vertreter im Landtag tun, erläutert die Dame vom Besucherdienst. Transparenz ist die Leitlinie. Zu den Plenarsitzungen sind im Zuge dieser Philosophie die Reden im gesamten Landtag – in den Büros, auf den Gängen und sogar in den sanitären Anlagen zu hören. Vom »stillen Örtchen« könne dann nicht die Rede sein. Eine Randnotiz, die für ebenso belustigte wie irritierte Gesichter sorgt. Und die Reden werden auch per Live-Stream im Internet übertragen – Transparenz eben.

Dann ist es an der Zeit, auf den Abgeordnetensitzen im Plenarsaal Platz zu nehmen. Anders als »die Großen« erfahren die »Neuparla-

mentarier« erst jetzt, worüber sie heute entscheiden: Auf der Tagesordnung, die in diesem Fall der Besucherdienst des Landtags festlegt, steht ein Gesetzentwurf zur Bildung von Gemeinschaftsschulen.

Und das Spiel beginnt

Zentraler Punkt ist das gemeinsame Lernen bis zur Klassenstufe 8. Fände der Vorschlag eine Mehrheit im Parlament, würde man die Entscheidung über einen Wechsel auf das Gymnasium an diesem Vormittag für jeden Schüler um vier Jahre nach hinten verlagern. Da gilt



es, Für und Wider sorgfältig abzuwägen. Dafür teilt sich die Gruppe in eine Mehrheitsfraktion und eine kleinere Oppositionsfraktion. Jede Fraktion bildet intern die zwei Arbeitskreise Schule und Finanzen.

Bevor die Arbeit beginnen kann, wählen die Schüler natürlich auch ihren »Landtagspräsidenten«. Erwartungsgemäß setzt sich die größere Fraktion mit ihrem Vorschlag durch, was nicht bei jedem Rollenspiel der Fall ist. Fraktionsdisziplin lernt man eben nicht in einer Stunde. Der frisch gewählte »Präsident« leitet ab sofort, mit Unterstützung des Besucherdienstes, die Sitzung. Er wacht darüber, dass die Formalien und ein höflicher Umgang gewahrt bleiben. Vor allem aber achtet er auf die Redezeit, denn die ist im Parlament strikt vorgegeben.

Teamwork statt Einzelkämpfer

Verteilt im ganzen Neubau des Landtags, versuchen die Grüppchen in den folgenden 30 Minuten, sich dem Thema aus der jeweiligen Sicht des Arbeitskreises und aus der Position der Fraktion heraus zu nähern. Dies erweist sich für einige als große Hürde: Argumente für eine Sichtweise zu finden, die man selbst nicht teilt – und das in einem Bereich, mit dem man sich vorher noch nie auseinandergesetzt hat. Welcher Schüler befasste sich bislang schon mit Finanzen, die über das Taschengeld hinausgehen?

Dennoch muss jeder Arbeitskreis eine gemeinsame Position finden, diese mit dem anderen Arbeitskreis abstimmen und die Argumentation schließlich in Redeform bringen. Und das alles unter Zeitdruck. Vor allem, wenn man die knappe Beratungszeit auch noch in eigener Sache nutzen möchte. Ein Selfie aus dem Landtag darf nicht fehlen; da müssen auch schon mal die Zöpfe der Freundin neu gebunden werden. Prioritäten eben.



Wie bei »den Großen«

Und dann geht es los mit der Plenarsitzung. Binnen Minuten entwickelt sich eine Debatte. Jede Fraktion unterstützt ihre Redner tatkräftig mit Applaus, sprachliche Stilmittel wie rhetorische Fragen werden gekonnt eingesetzt, der verbale Schlagabtausch ist in vollem Gange: Die Jugendlichen haben das Kommando!

Beim gemeinsamen Lernen bis Klassenstufe 8 könnten die Schüler länger mit Freunden lernen und sich dadurch besser unterstützen,

konstatiert die Mehrheitsfraktion. Außerdem sei fraglich, ob Schüler bereits in der Grundschule genau wüssten, was sie einmal werden möchten, und ob somit ein Wechsel auf das Gymnasium das Richtige sei.

Die Opposition weist darauf hin, dass sie nicht die Schwachen auf Kosten der Leistungsträger unterstützen wolle. Durch den frühen Wechsel könnten stärkere Schüler besser gefördert werden. Außerdem müsse man auch die finanziellen Aspekte einer Gesetzesänderung bedenken: Nicht tragbar seien die Kosten für Papier und Versand der Information, dass sich das Gesetz geändert habe. Auch die elektronische Kommunikation helfe da nicht weiter, denn nicht jeder habe ein ausreichend hohes Datenvolumen, um die Information digital zu empfangen. Und überhaupt: Das aktuelle System funktioniere doch hervorragend. Wieso also ändern?

Kritik aus den eigenen Reihen

Von Beginn an kommt der »Landtagspräsident« kaum hinterher, die vielen Zwischenfragen zu erfassen. Die Zeit ist knapp, nicht jede Frage kann deshalb heute im Saalrund beantwortet werden. Eine ungewöhnliche Zwischenfrage sorgt dann noch für große Irritation im Plenum. Ungewöhnlich ist nicht der Inhalt, sondern aus welchem Lager sie ertönt. So hat ein Abgeordneter noch ein Problem mit den Ausführungen des Redners der eigenen Fraktion. Mit einem »Das ist jetzt hier nicht das Thema« kontert der »Neuparlamentarier« jedoch lässig den Einwurf seines Fraktionskollegen und fährt mit seiner Rede fort. Wie gesagt, Fraktionsdisziplin.

Bei der Abstimmung setzt sich – trotz Abweichlern – wie erwartet die Mehrheitsfraktion durch. Die Pirnaer Schüler beschließen das Gesetz zur Gemeinschaftsschule. Der »Landtagspräsident« schließt die Sitzung und die »Abgeordneten« kehren als Schüler auf die Besuchertribüne zurück.

Schüler plädieren für mehr Zeit

Zeit für eine kurze Auswertung des »Abgeordnetenseins«. Nach einer Beurteilung der Redebeiträge durch den Besucherdienst bitten die Gästeführer ihrerseits um Feedback zum Rollenspiel. Die Schüler zeigen sich durchaus begeistert von der praxisnahen Simulation und von der jugendgemäßen Themenwahl. »Es wäre aber nicht schlecht, über die Themen schon vorher in der Schule abzustimmen«, meint Tim-Ole (15 Jahre). So könne man sich intensiver vorbereiten. »Die Zeit zur Erstellung der Reden wie auch für die Reden selbst war doch sehr knapp.« Bei »den Großen« gibt es dann doch mehr davon – mehr Vorbereitung, mehr Beratung, mehr Diskussion. Ein Argument, es in ein paar Jahren einmal selbst im Sächsischen Landtag zu versuchen!?

Kontakt Besucherdienst



Anmeldungen für die Besuchsbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

// Der Präsident der Staatsversammlung der Republik Slowenien, Dr. Milan Brglez, besuchte am 10. Mai 2016 den Sächsischen Landtag. Der hochrangige Gast und seine Delegation wurden von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner im Parlament begrüßt, wo sich Präsident Dr. Brglez zum Auftakt des Treffens in das Gästebuch des Sächsischen Landtags eintrug. //



Besuch des slowenischen Parlamentspräsidenten in Dresden

Katja Ciesluk



Fotos: S. Floss

Der Präsident des Landtags gab anschließend zu Ehren der Gäste auf Schloss Eckberg ein Essen, an dem auch weitere Abgeordnete des Sächsischen Landtags teilnahmen. Hier gab es Gelegenheit, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Gemeinsame Transformationserfahrungen

In den Gesprächen betonten die Politiker die enge Verbindung zwischen den Menschen in Slowenien und Sachsen aufgrund gemeinsamer Transformationserfahrungen.

Außerdem erörterten sie die in der Struktur ähnlichen politischen Systeme, obwohl es in Slowenien im Gegensatz zu Sachsen nie die Alleinregierung einer Partei gegeben habe, sondern immer Koalitionen, so Dr. Brglez.

Auf der Agenda standen natürlich auch aktuelle Themen. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und der slowenische Parlamentspräsident Dr. Milan Brglez benannten als wichtigste Fragen die Lösung der Flüchtlingskrise und die Sicherung der europäischen Außengrenzen, die Zukunft der europäischen

Währungsunion sowie des europäischen Wirtschaftsraumes. Zum Schluss sondierten die Politiker künftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Tourismus, Forstwirtschaft (Slowenien hat 50 Prozent Waldfläche) und Wirtschaft.

Offizieller Deutschlandbesuch

Nach einem Gespräch mit dem derzeitigen Bundesratspräsidenten und sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich besuchte Präsident Dr. Brglez

die Gemäldegalerie Alte Meister sowie die Frauenkirche, bevor er am Abend nach Berlin weiterreiste.

Der Aufenthalt in Dresden war der Auftakt eines dreitägigen offiziellen Deutschlandbesuches von Dr. Milan Brglez. Der Präsident der Staatsversammlung der Republik Slowenien weilte bis 12. Mai 2016 auf Einladung des Bundestages in der Bundesrepublik.



www.landtag.sachsen.de

Migration – Asyl – Integration

Herausforderungen und Chancen

»Die Staaten der Visegrád-Gruppe sehen sich derzeit vor der Herausforderung einer steigenden Zahl an Flüchtlingen aus Drittstaaten. Sie sind bislang aber keine Einwanderungsländer. Eine nennenswerte Thematisierung der Chancen von Migration gibt es nicht – obwohl die Visegrád-Staaten teilweise auch Fachkräftemangel haben. Die Reise könnte bei politischen Entscheidungsträgern zu einer Verbesserung des Verständnisses über Herausforderungen, aber auch Chancen von Migration und Integration führen,« hatte das Auswärtige Amt als zentrales Anliegen der Reise formuliert. Zum Auftakt ihres Besuches im Freistaat Sachsen fuhr die Delegation in eine Erstaufnahmeeinrichtung in Dresden, wo sie ganz unmittelbar einen Eindruck vom Prozedere der Flüchtlingserstaufnahme gewinnen konnte. Peter Darmstadt, Abteilungsleiter in der Landesdirektion, Rüdiger Unger, DRK-Vorstandsvorsitzender, und der Leiter der Einrichtung, Axel Klein, standen den Gästen dabei für ihre vielfältigen Fragen zur Verfügung. In den anschließenden Gesprächen mit Dresdens Erstem Bürgermeister Detlef Sittel und dem stellvertretenden Leiter der Stabsstelle Asyl des Innenministeriums, Reinhard Boos, ging es dann um ganz konkrete Fragen auf kommunaler und Landesebene hinsichtlich der Probleme und Herausforderungen, aber auch Chancen von Migration und Integration. Diese Aspekte wurden auch anhand regionaler Beispiele im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Mario Pecher, und weiteren Mitgliedern des Ausschusses sowie bei einem Abendessen mit Landtagspräsident

// Im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik weilte vom 25. bis 29. April 2016 eine Delegation der Visegrád-Gruppe in Deutschland. Das Thema der Reise war »Migration – Asyl – Integration«. Nach einem dreitägigen Aufenthalt in Berlin mit Gesprächen vorrangig auf Bundesebene besuchten die Gäste am 28. und 29. April den Freistaat Sachsen. //



Fotos: S. Füssel

Die Visegrád-Gruppe

Die Visegrád-Gruppe ist eine lose Kooperation der mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Ihr Name kommt von der ungarischen Stadt Visegrád, in der am 15. Februar 1991 das Abkommen von den

damaligen Gründerstaaten Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei beschlossen wurde, um nach dem Ende von Ostblock und Kaltem Krieg die großteils gemeinsamen Probleme möglichst kooperativ zu lösen.



Dr. Matthias Rößler und Vertretern der Fraktionen diskutiert.

Europäische Lösung unabdingbar

Einigkeit herrschte darüber, dass die Lösung der Flüchtlingsproblematik auf europäischer Ebene stattfinden müsse. Strittig blieb u. a. die Frage, ob die Verteilung dabei einzig auf der Freiwilligkeit der aufnehmenden Länder basieren sollte. Beeindruckt zeigten sich die Gäste von der großen Zahl der freiwilligen Helfer in Sachsen. In ihren Ländern, so der einheitliche Tenor, gebe es weder Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung für Zuwanderung noch Freiwillige, die sich für Flüchtlinge engagieren würden. Am Freitag informierte der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth dann sehr anschaulich und eindrücklich sowohl über Aufgaben, Arbeitsweise und Rechte seiner »Institution« als auch über die Arbeit der Härtefallkommission. Die von ihm und seinem Team entwickelten Informationsmaterialien für Flüchtlinge stießen bei den Gästen auf großes Interesse.

Auch wenn manche Frage offenbleiben musste – denn wer kann z. B. schon sagen, wie viele Flüchtlinge in Zukunft kommen werden –, würdigten die Delegationsteilnehmer zum Abschluss der Reise insbesondere die Offenheit und Ehrlichkeit, mit der man die Fragen habe diskutieren können. Nur durch einen derart offenen Dialog sei es möglich, die Positionen der jeweils anderen Seite besser zu verstehen und einzuordnen, um dann gemeinsam nach möglichen Kompromissen zu suchen.

Marokkanischer Ratskammerpräsident zu Gast beim Landtag

Katja Ciesluk

// Im Rahmen eines offiziellen Deutschlandbesuches auf Einladung des amtierenden Bundesratspräsidenten Stanislaw Tillich besuchte der Präsident der Ratskammer Marokkos, S. E. Abdelhakim Benchamach, gemeinsam mit einer Delegation am 11. Mai 2016 Dresden und traf mit Vizepräsidentin Andrea Dombois zusammen. //

Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois begrüßte den Gast im Ständehaus zu einem Gespräch. Zum Auftakt trug sich Abdelhakim Benchamach, der sein Amt als Ratskammerpräsident seit Oktober 2015 innehat, in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, im ständigen Austausch über die gemeinsamen Herausforderun-

gen zu bleiben. Benchamach zeigte sich überzeugt, dass sein Land von den sächsischen Erfahrungen während der friedlichen Revolution sowie im nachfolgenden Transformationsprozess lernen könne.

Der Dialog fand seine Fortsetzung im Rahmen eines Essens, das der Landtagspräsident am Abend für die Gäste gab. An diesem nahmen auch der



Foto: Th. Schlorke

Botschafter des Königreichs Marokko in der Bundesrepublik Deutschland, S. E. Dr. Omar Zniber, und Vertreter der Deutschen Gesellschaft der Freunde Marokkos teil.

Gemeinsame Tagung der Sorbenräte von Sachsen und Brandenburg

// Am 2. Mai 2016 trafen sich die Sorbenräte von Sachsen und Brandenburg im Sächsischen Landtag. Schwerpunkt war der Austausch zur Wirksamkeit des Sorben/Wenden-Gesetzes (Brandenburg) und des Sächsischen Sorbengesetzes. //

Der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden des Landtags Brandenburg wird die derzeitige Erstellung des Landesplanes zur Stärkung der niedersorbischen Sprache aktiv begleiten. Der Sorbenrat in Sachsen sieht im Mittelpunkt seiner Arbeit nach wie vor die konsequente Umsetzung des hier bereits beschlossenen Maßnahmenplanes zu Belebung und Gebrauch der sorbischen Sprache. Beide Räte sind sich einig, den kommunalen Wettbewerb zur Erhaltung der sorbisch/wendischen Sprache zum dritten Mal durch-

zuführen. Der Wettbewerb soll in beiden Bundesländern von April 2017 bis Mai 2018 stattfinden. Vizepräsident Horst Wehner betonte, dies sei ein wichtiger Schritt, »um den kulturellen Reichtum des sorbischen Siedlungsgebietes im öffentlichen Raum noch deutlicher als bisher hervorzuheben«.

Des Weiteren haben sich die Ratsmitglieder mit der Ausbildung des sorbisch/wendischen pädagogischen Fachpersonals auseinandergesetzt und sie fordern die Fortsetzung



Foto: S. Floss

der Braunkohlensanierung, da diese maßgeblich für die Perspektive der Lausitz und damit des sorbischen Volkes sei.

Rund 60.000 Sorben leben in Deutschland: ca. 20.000 Niedersorben in der branden-

burgischen Niederlausitz und 40.000 Obersorben in der sächsischen Oberlausitz.

Sächsische Ingenieure: Garanten für Innovationen



Foto: O. Killig

// Sächsischer Erfindergeist hat eine jahrhundertlange Tradition, die sich über viele Generationen bis in die Zeiten des mittelalterlichen Bergbaus zurückverfolgen lässt. Heute sind es vor allem Ingenieure, die als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates wirken. Aktuellen innovativen Projekten sächsischer Ingenieurbüros widmet sich noch bis zum 30. Juni eine Ausstellung der Ingenieurkammer Sachsen im Bürgerfoyer des Landtags. //



Sachsen – Land der Ingenieure

Martina Findeisen

// In der noch bis zum 30. Juni 2016 im Bürgerfoyer des Landtags zu besichtigenden Ausstellung präsentiert die Ingenieurkammer Sachsen auf mehr als 80 Plakaten Projekte sächsischer Ingenieurbüros bzw. sächsischer Niederlassungen bundesweiter Ingenieurbüros. Sie zeigt einen sehenswerten Querschnitt hier erbrachter Ingenieurleistungen von der kleinen innovativen Lösung bis hin zu internationalen Projekten. Eröffnet wurde die Schau am 24. Mai 2016. //



Das Öl im Getriebe unserer Wirtschaftskraft

»Erfindergeist und Mut zu Innovationen haben in Sachsen eine vielhundertjährige Tradition. Sachsen hat bereits in der Zeit des mittelalterlichen Bergbaus durch epochale ingenieurtechnische Spitzenleistungen in die Wirtschaftsgeschichte Mitteleuropas Eingang gefunden. Seitdem wurde dieser Weltruf trotz zeitweiliger historischer Rückschläge durch technische Innovationen und Begabungen in jeder Epoche und in jeder Generation von Neuem unter Beweis gestellt. Bis heute hat der Freistaat die höchste Ingenieurdichte auf dem Arbeitsmarkt und auch die höchste Beschäftigungsquote bei Ingenieuren bundesweit vorzuweisen. Sächsische Ingenieure sind damit längst wieder der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und die Garanten für Innovationen in Sachsen. Sie liefern das Öl im Getriebe unserer Wirtschaftskraft«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler in seiner Eröffnungsansprache.



// Prof. Reinhard Erfurth



// Dr. Matthias Rößler



// Markus Ulbig

Lebensadern für unser Land

Die Techniker Ausbildung und das Ingenieurstudium seien Lebensadern für unser Land und damit eine der großen bildungs- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart. Er habe die



Hoffnung, so der Landtagspräsident, dass diese Ausstellung das Bewusstsein dafür schärfen werde, dass es in Sachsen keine Wirtschaftsentwicklung ohne Ingenieure geben könne und es sich für junge Menschen lohne, die Ingenieurslaufbahn einzuschlagen. Staatsminister Markus Ulbig würdigte die Ingenieure als eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Mithilfe von innovativen Ideen versuchten sie, schnell auf Veränderungen zu reagieren und diese in technologische und moderne Produkte umzusetzen. Dabei sei nicht nur technisches Fachwissen gefragt, sondern auch Kreativität und Teamgeist sowie soziales, politisches und ökologisches Verantwortungsbewusstsein. »In Sachsen gibt es von diesen guten Ingenieuren eine ganze Menge«, so Ulbig. Initiativen wie diese Ausstellung seien deshalb ein guter Weg, ihre Leistungen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Zukunft denken können

Professor Reinhard Erfurth, Ehrenpräsident der Ingenieurkammer Sachsen, erinnerte zunächst an die Entstehungsgeschichte der Ingenieurkammer, die »mit dem Ingenieurkonvent Anfang 1991 mit 1.700 Ingenieuren ihren Anfang nahm, verbunden mit dem Zauber und der Kraft des Neubeginns«. Aus Perspektivlosigkeit sei damals das Befreiende geworden, Zukunft denken zu können. So sei mit der Ingenieurkammer ein starkes und stolzes Schaufenster der Industrie- und Baukultur in unserem Freistaat entstanden. Erfurth richtete seinen Blick aber auch nach vorn und forderte: »Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung – wie 1990 –, wir brauchen ein starkes Vorwärtstreiben in die Themen der Zukunft hinein, natürlich mit dem Anspruch, mit der Gegenwart die Zukunft nicht so zu belasten, dass dies ein Angriff auf den Rest der Zeit ist. (...) Wir sollten immer oben an stellen, welchen Mehrwert wir als Ingenieure für unsere Menschen leisten können.« In diesem Zusammenhang schlug er einen »Ingenieurkonvent aller Vorwärtstrebenden« vor, »frei von Kammer- und Verbandsgetöse, in den Zukunftsthemen vereint, ringend um die Fortschreibung Sachsen – Land der Ingenieure, dabei alle synergetischen Möglichkeiten auslotend, um dort zu stehen, wo wir waren und immer hingehören: in die erste Reihe international anerkannter Fortschrittsregionen – vom großen Gründergeist beseelt«.



Fotos: O. Killig





// Demonstration vor dem Sächsischen Landtag // Fotos: S. Giersch

Dr. Thomas Schubert

»Bürger und Demokratie« – Partizipation

Demokratie ist gegenwärtig in aller Munde. Von einer »verstimten Demokratie« ist da etwa die Rede, von einer Demokratie, die sich »erregt«, in der es »rumort«, die »gefährdet« ist. Weit weniger Stimmen sprechen indes von einer lebendigen Demokratie, die schlichtweg Demokratie ist, die eine Vielfalt der Meinungen und Wünsche offenlegt, in der sich ein gesellschaftliches Interessendurcheinander zu ordnen sucht. Der zum Seelenverständnis unserer modernen Demokratie gern herangezogene Pluralismus meint genau das: eine Interessenvielfalt, die sich

in einem demokratischen Verfassungsstaat organisiert und zu einem guten Miteinander, zu einem Gemeinwohl formt. Dieses Gemeinwohl ist dabei, wie es Ernst Fraenkel einst auf den Punkt gebracht hat, »keine soziale Realität, sondern eine regulative Idee«. ¹ Es steht niemals am Anfang des demokratischen Prozesses, sondern stets an seinem Ende, es ist sein – immer unvollkommenes – Resultat.

Ausgangspunkt jedes demokratischen Handelns ist hingegen die politische Beteiligung, die Partizipation. ² Per definitionem umfasst sie alle Handlungen,

»Obgleich allerorts von Demokratie gesprochen wird, geraten oftmals Grundprinzipien, auf denen unsere parlamentarische Demokratie beruht und die für deren Verstehen und Akzeptanz zentral sind, aus dem Blickfeld. Das gilt besonders für das Verhältnis von Bürgern und Demokratie, für die gelebte Volkssouveränität, in der die Bürger ihre Demokratie ausformen. Die Artikelserie rückt dieses Verhältnis in den Mittelpunkt, indem sie vier Begriffen nachgeht: »Partizipation«, »Repräsentation«, »Delegation« und »Legitimation«. //

gen, »die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen«. ³ Hinter dieser Abstraktion stehen in der Realität Partizipationsformen mit unterschiedlichen Ansprüchen und Reichweiten, mehr oder weniger komplex, mit viel oder wenig Aufwand verbunden, solche die auf

digitalem Wege oder vor Ort geschehen, die auf staatlicher Ebene stattfinden oder im gesellschaftlichen Raum.

Wahl als Schlüsselement

Als das Schlüsselement politischer Bürgerpartizipation gilt dabei – trotz sinkender

Beteiligungsraten – unverändert die Wahl. Sowohl in der Breite des Mitwirkens wie der Relevanz der Ergebnisse ist sie unangefochten. Schließlich bilden Wahlen wegen ihres gesamtbürgerschaftlichen Charakters den Volkswillen ab. Nur sie (und Volksentscheide) können diese »Legitimität des Ganzen [...] für sich in Anspruch nehmen«. ⁴ Zudem sind sie ein mächtiges Instrument, das politische Macht verteilt. Regierungen werden (ab)gewählt, genauso wie Personen. Parlamentarische Mehrheiten finden ihre Bestätigung oder verschieben sich. Nicht zu vergessen, alle wahlberechtigten Bürger haben neben dem aktiven auch das passive Wahlrecht. Sie können sich also selbst zur Wahl stellen und in den Wettbewerb um politische Ämter und Macht eintreten. Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete vom Gemeinderat bis zum Bundestag, sie alle sind Bürger, die ihre Partizipationsrechte wahrnehmen und von Bürgern gewählt werden, die sich so ihrerseits politisch beteiligen.

Freilich erschöpft sich die moderne politische Teilhabe nicht in der Wahl. Es existieren viele Formen des verfassten politischen Mitwirkens. Verfasst heißt, die Partizipation ist in der Verfassung oder durch Gesetze verbürgt. Das demokratische Gemeinwesen hat sich also in besonderem Maße

auf sie verständigt, spricht ihnen sehr hohe Legitimität zu. So können Bürger mithilfe von Petitionen ihre Anliegen auf direktem Weg zum Parlament tragen. Sie können in Parteien eintreten und auf diese Weise – ob mit oder ohne Mandat – politisch ihr Gemeinwesen gestalten. Zu den weiteren Formen zählen insbesondere Plebiszite wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Ebene der Kommunen oder Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene. Sie alle existieren in Deutschland, sie alle werden seit Jahren regen genutzt, über ihren bundespolitischen Ausbau wird kontrovers diskutiert.

Demonstrieren bewegt

Ebenfalls von Verfassungsrang sind Demonstrationen. Sie bilden die allgemeinste, man könnte sagen die freieste Form der politischen Beteiligung. Das wird gern vergessen, wenn es mal wieder heißt, »man kann ja gar nichts bewegen«. Doch, schon die Teilnahme an einer Demonstration bewegt – erst recht im politischen Sinne. Die politische Meinungs- und Willensbildung wird geformt, politische Entscheidungen werden durch sie beeinflusst. Wie bei Wahlen, so ist auch bei Demonstrationen der Aufwand für den Einzelnen gering, die

Demokratiekonferenz 2016



Um die große Vielfalt der Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland und der Schweiz, um Fragen nach der Zukunft der Demokratie sowie um Optionen, mehr direkte Beteiligungsformen zu schaffen, ging es auf der Demokratiekonferenz 2016 am 30. Mai in Dresden.

Ausgerichtet wurde die Konferenz vom Freistaat Sachsen und dem Schweizer Kanton Aargau. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler wirkte zusammen mit dem Präsidenten des Großen Rats des Kantons Aargau, Marco Hardmeier, an der Diskussion »Vielfältige Demokratie: Perspektiven« mit.



www.dialog.sachsen.de/demokratie-konferenz-in-dresden-3920.html

gemeinsame Wirkung aber mitunter immens.

Das heißt freilich nicht, dass nicht-verfasste Partizipationsformen in einer Demokratie unbegründet seien – im Gegenteil. Ihre hohe demokratische Legitimation erhalten sie aus der im Grundgesetz verankerten Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Vom Polit-Blog bis zum klassischen Verbandslobbyismus ist hier vieles vertreten, und ständig kommen neue Modi und Stile hinzu. Geradezu essenziell für zahllose Bürger ist diese Teilhabe auf Ebene der Kommunen. Allen voran stehen dafür die Bürgerinitiativen. Es gibt zudem Bürgerforen, Bürgerbeteiligungsverfahren, Bürgerräte, Bürgerhaushalte und vieles mehr.

Demokratie lebt (nicht nur) vom Mitmachen

Politisches Tun legt die Basis für eine vitale, eine gelebte Demokratie. »Keine Demokratie ohne Demokraten«, das zeitlose Wort Ernst Fraenkels verweist auf das Erfordernis eines engagierten, eines eingebundenen Gemeinwesens. Es zeigt die Notwendigkeit des Mitmachens. Selbstverständlich ist politische Bürgerbeteiligung jedoch nicht. Sie ist oft zeitaufwendig, anspruchsvoll und mit hohem persönlichem Einsatz verbunden. Frust und Erfolg liegen da eng beieinander, da Pluralismus immer auch heißt, die Vielfalt anderer Meinungen zu tolerieren und Kompromisse zu schließen. Nicht jeder ist dafür gemacht, nicht jede möchte mitmachen. Auch deshalb ist die moderne Demokratie mehr als nur Bürgerbeteiligung. Professionelle Repräsentation, das heißt politische Vertretung in festen Handlungsstrukturen, die verantwortlich Politik gestaltet, ist unabdingbar. Dasselbe gilt für einen Verfassungsrahmen, der die allseits gültigen Regeln setzt und damit auch die Grenzen der Partizipation aufzeigt. Nur, ohne lebendige Bürgerbeteiligung, ist auch das alles nichts.



1 Vgl. Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, 6. Aufl., Stuttgart 1974, S. 42.
 2 Das Wort Partizipation kommt aus dem Lateinischen von pars (Teil) und capere (ergreifen, nehmen) und kann mit Teilhabe oder Mitwirkung übersetzt werden. Einen sehr guten Überblick bietet Markus Steinbrecher: Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden 2009.
 3 Max Kaase: Partizipation, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995, S. 521–527, hier S. 521.
 4 Peter Graf Kielmansegg: Erwartungen, Enttäuschungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. September 2015, S. 6.



// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Edith Schriefl

Das Rationen-Parlament

»Ich mache noch darauf aufmerksam, daß die Winterkartoffeln voraussichtlich am Freitagnachmittag ab 2 Uhr am Landtagsgebäude zu erwarten sind. Es ist nicht möglich, die Winterkartoffeln den einzelnen Angestellten anzuliefern. [...] Soweit von den einzelnen Angestellten keine Säcke zur Verfügung gestellt werden, müssen die Kartoffeln einfach so aus dem Wagen geschüttet werden und die betreffenden Angestellten müssen sehen, wie sie damit auseinanderkommen.«

Dieses Rundschreiben erging im Oktober 1947 aus der Kanzlei, der damaligen Verwaltung des Sächsischen Landtags, an alle Angestellten. Wie kam es dazu, dass an einem Freitagnachmittag des Jahres 1947 aus einem Wagen vor dem Landtagsgebäude Kartoffeln geschüttet wurden? Und warum trug die entsprechende Mitteilung einen so gereizten Unterton? Die Antwort liegt in der Lebensmittelknappheit nach dem Zweiten Weltkrieg, durch die der sächsische Nachkriegslandtag unfreiwillig zu einem Rationen-Parlament wurde:

Als sich Ende 1946 der erste sächsische Nachkriegslandtag konstituierte, deklarierte er als seine Hauptaufgabe, das Land besser mit Nahrungsmitteln zu

versorgen. Zeitgleich mit dem Kriegsende hatte in ganz Deutschland das große Hungern begonnen. Indes hatte das Parlament hinter den Kulissen mit denselben Überlebensfragen zu kämpfen wie die Bevölkerung. Es war mühsamer denn je, alle, die den Landtag zur Existenz brachten – die Abgeordneten, Kanzleiangestellten, Stenografen, das Wach-, Fahr- und Putzpersonal –, selbst am Leben zu halten.

Bereits in einer der ersten Ältestenratssitzungen im Dezember 1946 verpflichtete sich der Landtagspräsident Otto Buchwitz, Sonderzuweisungen von Lebensmitteln an die Kantine des Landtags zu beantragen »sodass die Abgeordneten während der Zeit der Sitzungen ein anständiges Mittag- bzw. Abendessen bekommen, das nicht nur aus einem Eintopf besteht.« So einfach konnte das jedoch nicht umgesetzt werden. Lebensmittel waren nach einem Markensystem kontingentiert. Eine Sonderzuweisung an den Landtag musste das Präsidium eigens beim Chef der sowjetischen Militärverwaltung in

Sachsen beantragen. Aus diesem Grund gab es im Landtag zunächst einmal gar nichts zu essen.

10 Zigaretten pro Person

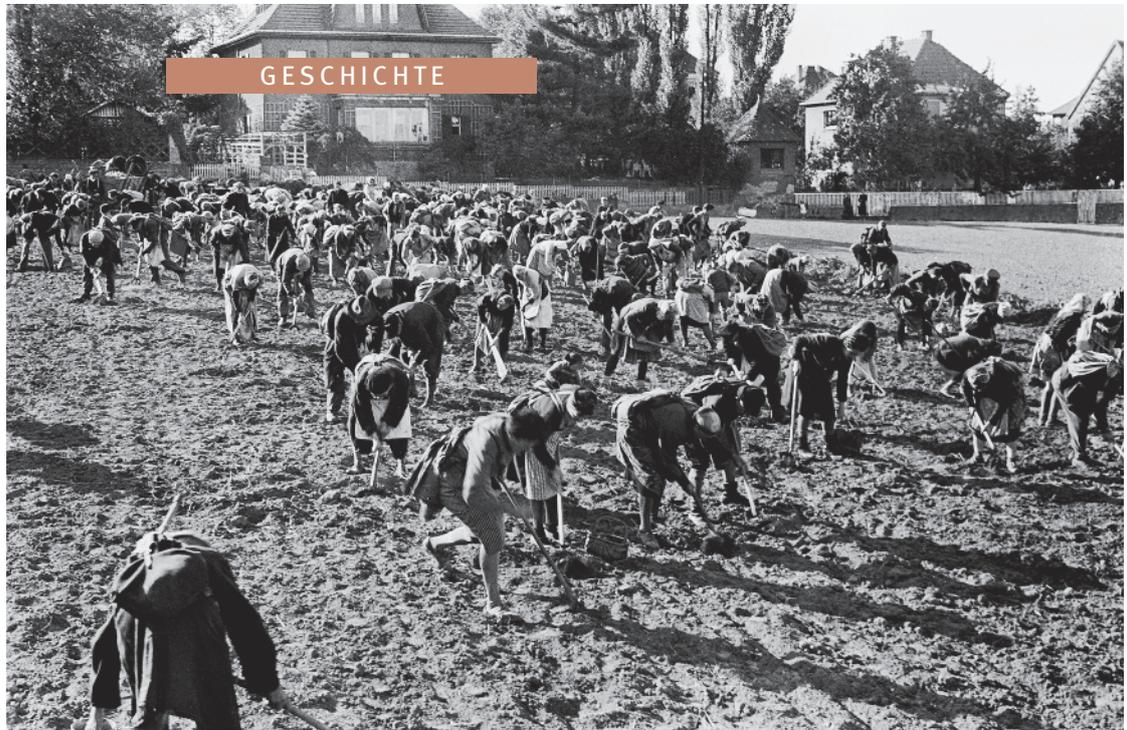
Ende Januar 1947 genehmigte die sowjetische Militärverwaltung schließlich folgende Lebensmittelzuteilung: »Während der Plenumsitzungen des Landtages können für die tatsächliche Anzahl der Abgeordneten, die während der Plenumsitzungen anwesend sind, abgegeben werden (in Gramm pro Person und pro Tag): Brot 300 g, Nahrungsmittel 40 g, Kartoffeln 500 g, Zucker 25 g, Marmelade 30 g, Fleisch 50 g, Butter 30 g, Ersatzkaffee 5 g. Sowie 10 Zigaretten pro Abgeordneten und pro Tag.« Dies entsprach etwa der Zuweisung durch die sogenannte Arbeiterkarte. Für jene Abgeordneten, die ihre private Lebensmittelzuweisung als Angestellte, Hausfrauen oder Rentner erhielten, hieß das, sich an Plenartagen ausgiebiger zu sättigen als sonst. Jenen, die ansonsten

als »Schwerstarbeiter« aßen – dazu gehörten auch alle Parteivorsitzenden, Professoren oder Bürgermeister – mag das Landtagsessen etwas spärlich erschienen sein.

Spärlich war das Essen jedoch vor allem für die Angestellten des Landtags, die tagtäglich auf die Versorgung durch das »Kasino« angewiesen waren. Um zu gewährleisten, dass die Essensabgabe gleichmäßig erfolgte, galten hier strenge Reglements. Wenn es in den ersten Monaten nach der Konstituierung des Landtags überhaupt eine Suppe gab, so wurde diese ausschließlich gegen Essensmarken ausgereicht. Wer die monatliche Markenabgabe versäumte, bekam keine Suppe. Es galt die strikte Regel, dass jeder Mitarbeiter nur eine einzige Portion erhalten durfte. Immerhin gab es täglich einen Gemüsesalat, der, soweit vorhanden, allen zustand. Vormittags konnten sich die Angestellten zwischen Kaffee, Fleischbrühe oder Salat entscheiden.

Im September 1947 wurden die Zuweisungen erhöht. Fortan bestand das Mittagessen teil-

// Links: Aufgrund der schlechten Versorgung durch die Kantine brachten sich wahrscheinlich auch die Landtagsangestellten ihr Essen selbst mit. Mittagspause während eines Aufbaueinsatzes der Landesleitung Sachsen der SED // Foto: Richard Petersen (Deutsche Fotothek)



// Hungernde Bevölkerung beim »Kartoffelstoppeln« unmittelbar nach Beendigung der Ernte am Dresdner Stadtrand, um 1946 // Foto: Richard Petersen (Deutsche Fotothek)

weise aus Kartoffeln, Fleisch, Fett und Kraut. Die Portionen waren jedoch zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Daraufhin griff die Kanzlei zur Eigeninitiative. Im Oktober 1947 verkündete sie allen Mitarbeitern: »Es werden jetzt Pellkartoffeln selbst gekocht, um allen Angestellten eine größere Portion zu gewährleisten.« Die Verteilung der Extra-Kartoffeln erfolgte außerhalb des Kasinobetriebs, weshalb sich die Mitarbeiter selbst Teller und Besteck mitbringen sollten. Manch einer versäumte jedoch diese Anweisung, woraufhin der Direktor bekannt gab: »Ich habe die mit der Kartoffelverteilung beauftragten Personen [...] angewiesen, daß in Zukunft auf die vorhandenen Teller Kartoffelportionen gelegt werden, die übrigen aber ungetrennt in einem Eimer denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die keinen Teller bereitstellen haben. Diese mögen dann selbst sehen, wie sie fertig werden.«

Eine zwiespältige »Materie«

Die Mitteilungen der Kanzlei zum Thema »Essen« trugen häufig einen solchen mislaunigen Unterton. Alle satt zu bekommen,

war zwar eine bürokratische Herausforderung. Sie erschien der Kanzlei jedoch aufgrund ihrer Trivialität und Alltäglichkeit als unwürdig. Insgesamt war die Nahrungszufuhr somit eine zwiespältige »Materie«. Entsprechend wurde ihr möglichst wenig Wohlwollen zuteil. Im März 1947 hieß es in einer Anweisung an die Mitarbeiter: »Die Tischzeit ist so kurz wie möglich zu halten.« Gleichzeitig wurde den Angestellten verboten, sich mit Beschwerden an den Kantinenwirt zu wenden: »Berechtigte Beschwerden über die Verpflegung sind dem Betriebsrat zuzustellen, der diese dann gemeinsam mit der Direktion und dem Kantinenwirt prüft.« Den Ältestenrat hingegen beschäftigten die gesamte Legislaturperiode zahlreiche Klagen über das schlechte Essen. Im September 1949 gab Otto Buchwitz schließlich die »Verbesserung in der Verpflegung« bekannt. Es ist zweifelhaft, dass diese tatsächlich eingetreten war. Wahrscheinlicher ist, dass Buchwitz damit die endlosen Beschwerden im Keim erstickte. Nur knapp ein Jahr später kehrten sie in das Alltagsgeschäft des Ältestenrats zurück.

Neben dem Kantinenessen erhielten die Angestellten und

Abgeordneten des Landtags Kleidung, Kohle-, Gas- und Stromkontingente sowie die im Eingangszitat angedeuteten Lebensmittelrationen in Form von Gemüse. Allerdings hielt sich das Maß an Begünstigungen für Mitglieder und Angestellte des Landtags in engen Grenzen. Auch Buchwitz musste lange Zeit für seine Repräsentationspflichten selbst aufkommen. Bei Empfängen oder Besprechungen, zu denen er eine Zigarette der Marke »Silberstreif« oder einen »bescheidenen Imbiß« reichen wollte, bezahlte er alles aus eigener Tasche. Genügsamkeit galt indessen unter den Parlamentariern als ehrenhaft. Eine CDU-Vertreterin erhob sogar gegen eine Bekleidungszuweisung Einspruch, daß jedem Abgeordneten in Bausch und Bogen ein Paar Schuhe zur Verfügung gestellt werden sollen.«

Aufgrund der Hungersnot nahmen im Lande räuberische Kleindelikte ein besorgniserregendes Ausmaß an. Während sich das Plenum und die Ausschüsse des Landtags mit diesem Problem beschäftigten, wurde das Landtagskasino selbst Opfer mehrerer Diebstähle. Immer wieder verschwanden Lebensmittel aus den Lagerräumen im Keller des Ge-

bäudes. Im April 1947 meldete der Kasinowirt beispielsweise den Schwund von 16 Flaschen Schnaps, wobei jedoch offen bleibt, wozu der Landtag diese Mengen an Spirituosen benötigte. Fest steht, dass die Diebstähle zu strengeren Sicherheitsvorkehrungen veranlassten. Eine Mitarbeiterin der Kanzlei war seit 1947 für die »Überwachung und Kontrolle der Kantine« zuständig. Im Oktober 1949 gründete auch der Ältestenrat eine interfraktionelle »Kontrollkommission für das Kasino«, die die »ordnungsgemäße Verwendung der Verpflegung« überprüfen sollte.

Die Lebensmittelversorgung war im ersten sächsischen Nachkriegslandtag ein ambivalentes Thema. Rationierung und Kontingentierung führten zu einem unliebsamen Verwaltungsaufwand. Gleichzeitig war man auf die zugeteilten Güter mehr denn je angewiesen. Letztlich führte dieser Zwiespalt zu Resentiments in der Verwaltung und einem argwöhnischen Kontrollsystem im Landtag. Besser wurde das Essen davon wohl kaum.



Ausstellung Meister // Schüler

Künstler der Hochschule Dresden, Leipzig und
Schneeberg aus den Sammlungen des Kunstfonds

An den Kunsthochschulen in Sachsen haben sich durch spezielle Ausrichtung und durch wichtige, überregional bedeutende Lehrerpersönlichkeiten charakteristische Traditionslinien und Handschriften entwickelt, die bis in die Gegenwart hinein sichtbar sind. Dies will die Ausstellung »Meister // Schüler« des Kunstfonds der Staatlichen Kunstsammlungen anhand einiger Schlaglichter auf die künstlerischen Entwicklungen nach 1945 zeigen. Die Präsentation wird vom 13. Juli bis 16. September 2016 im Bürgerfoyer des Landtags gezeigt. Die Eröffnung findet am 12. Juli um 18:00 Uhr statt. Sie sind herzlich eingeladen.

Landtagspräsident Dr. Matthias Röblier
empfangt Delegation des Kantons Aargau (Schweiz)



Foto: S. Füssel

Am 29. Mai 2016 hat Landtagspräsident Dr. Matthias Röblier ein Abendessen für eine Delegation des Großen Rates des Kantons Aargau (Schweiz) gegeben, bei dem auch mehrere Vertreter der Fraktionen des Sächsischen Landtags zugegen waren. In Dresden nahmen die Abgeordneten aus der Schweiz am 30. Mai 2016 – ebenso wie Dr. Matthias Röblier – an der Demokratiekonferenz des sächsischen Ministerpräsidenten teil, um dort über die Erfahrungen ihres Landes mit direkter Demokratie zu sprechen.



Schülerkalender 2016/2017

Der Schülerkalender für das Schuljahr 2016/2017 liegt vor. Der am Schuljahr von Sachsen ausgerichtete und inhaltlich sowie in seiner Ausstattung hochwertige Kalender und Schuljahresplaner ist in den zurückliegenden Jahren zu einem treuen Begleiter Tausender sächsischer Schülerinnen und Schüler geworden. Über seine Alltagstauglichkeit in Schule und Freizeit hinaus enthält er in knapper Form viel Wissenswertes für junge Menschen und eine Menge von Anregungen zu Gesellschaft und Politik vor allem im Freistaat Sachsen. Dazu zählen präzise und verständliche Erklärungen parlamentarischer Begriffe auf den Wochenseiten und weitere Informationen über den Sächsischen Landtag. Historische Daten sind im Kalendarium zu finden. Der Schülerkalender 2016/2017 kann jetzt beim Sächsischen Landtag bestellt werden und ist vorerst begrenzt auf Schülerinnen und Schüler sowie Institutionen aus Sachsen.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt

SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

22. – 23.06.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

11.08.2016
31.08. – 01.09.2016
28. – 29.09.2016
09. – 10.11.2016
13. – 16.12.2016

Der Sächsische Landtag
überträgt die Plenarsitzungen
live als Videostream
auf der Internetseite
www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen,
die Wortprotokolle und die
Videoaufzeichnungen finden
Sie in unserem Internet-
auftritt. Weiterhin werden
die aktuellen Debatten der
Plenarsitzungen auch im
Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen
entnehmen Sie bitte dem
Programm Ihres Senders.
Im MDR-Radio werden die
Landtagsdebatten zudem
live und digital auf DAB+ auf
dem Kanal MDR SACHSEN
EXTRA übertragen.

Weitere
Informationen
erhalten
Sie unter
www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röblier vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 01.06.2016

Gastautoren: Pascal Scholtys, Praktikant, Sächsischer Landtag; Edith Schrieff, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden